

Geheimsitzung über Ungarn

Terror-Herrschaft hält an — Gefahr für Tito und Gomulka

New York (dpa). In einer Geheimsitzung hat sich der Ungarn-Sonderausschuß der Vereinten Nationen mit der Hinrichtung Imre Nagys und anderer ungarischer Revolutionsführer beschäftigt. Der Ausschuß, dem Vertreter Australiens, Ceylons, Dänemarks, Tunesiens und Uruguays angehören, hat das Vorgehen der kommunistischen Machthaber einhellig verurteilt und seinem Entsetzen darüber Ausdruck verliehen, „daß noch kein Ende der Unterdrückung und der Tötungen abzusehen ist. Die Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten beweist, daß die Unterdrückung der ungarischen Bevölkerung nicht gemildert wurde und daß die Herrschaft des Terrors, die mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen nach Ungarn im November 1956 begann, anhält.“

Gleichzeitig stellte der Ausschuß fest, daß die Erklärung der ungarischen Regierung über die Hinrichtungen in zahlreichen Einzelheiten „ungenau und verschwommen“ sei. Die interessierten Regierungen wurden von dem Ausschuß aufgefordert, alle ihnen zugänglichen Informationen „über die Zustände der Festnahme, des Gerichtsverfahrens und der Hinrichtung“ zur Verfügung zu stellen.

Das ungarische Kommuniqué läßt nach Meinung des Ausschusses eine ganze Reihe von Fragen offen, zu deren Beantwortung die ungarischen Machthaber nunmehr indirekt aufgefordert wurden:

- Wo hielten sich die Gefangenen zwischen der Festnahme Imre Nagys und dem Gerichtsverfahren auf?
- In welchem Land wurde gegen sie verhandelt?
- Wo fanden die Hinrichtungen statt?
- Wie lautete das Urteil gegen sie?
- Auf Grund welcher Gesetze wurden sie angeklagt und verurteilt — nach den 1956 gültigen oder jenen, die anschließend an die Niederschlagung des Aufstandes erlassen wurden?

Der Sonderausschuß stellt dazu fest: „Dies sind Fragen, über die ausführlich unterrichtet zu

werden die Vereinten Nationen ein Recht haben.“

Früherer Oberbürgermeister von Budapest warnt

Der frühere Oberbürgermeister von Budapest, Josef Kovago, hat die Vereinten Nationen in einer New-Yorker Fernsehsendung aufgefordert, das kommunistische Ungarn aus der

Weltorganisation auszuschließen, bevor dem polnischen Parteichef Gomulka ein ähnliches Schicksal bereitet werde wie in jüngster Vergangenheit dem einstigen ungarischen Regierungschef Imre Nagy.

In dem Fernsehprogramm, das den Titel „Ungarn — Rückkehr des Terrors“ trug, führte der ehemalige Oberbürgermeister der ungarischen Hauptstadt im einzelnen aus, wenn die Weltorganisation nicht unverzüglich handele, seien Gomulka und der jugoslawische Staatspräsident Tito schwer bedroht. In den Geschehnissen in Ungarn müsse man eine „Schockbehandlung“ für den sogenannten „Revisio-nismus“ erblicken. Sollten die Vereinten Nationen nicht energisch reagieren, so werde dies Gomulka entmutigen und sicherlich zu seinem Sturz führen.

Chinas Währung gilt nichts mehr

Kurs rapide gesunken — Wie 1957 in der Zone

Hongkong (Eigenbericht). Auf dem schwarzen Devisenmarkt der britischen Kronkolonie Hongkong spielen sich zur Zeit Vorgänge ab, die an die Ereignisse vor der zweiten „Währungsreform“ in der Ostzone im Oktober 1957 erinnern.

Nach vorliegenden Berichten ist der freie Wechselkurs für den Yuan — die offizielle Währung Rotchinas — radikal gefallen. Für 100 Yuan zahlen die Händler nur noch 102 Hongkong-Dollars, während der offizielle Tauschwert bei 234 Hongkong-Dollars liegt. Nach Ansicht von Experten ist dieser Kurssturz, dessen Anfänge in den März dieses Jahres zurückreichen, durch den verstärkten Fußfuß rotchinesischer Banknoten ausgelöst worden.

In Peking wird die Inflation des Yuan auf dem freien De-

visenmarkt damit erklärt, daß „subversive Elemente“ aus dem nationalchinesischen Formosa große Mengen gefälschter Yuans auf den Markt geworfen hätten.

Daß in Wirklichkeit jedoch offenbar andere Hintergründe bestehen, geht aus der Tatsache hervor, daß Rotchina in Hongkong in größerem Stile harte Währungen aufkaufen läßt. Gewöhnlich gutinformierte Kreise weisen darauf hin, daß Peking auf Grund innerer wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit dem Gedanken einer Währungsreform spielt, um die überschüssige Kaufkraft gewisser rotchinesischer Bevölkerungskreise abzuschöpfen. Das wäre dann eine Parallele zu dem Vorgehen der Ulbricht-Regierung Ende 1957, die gleichfalls zur Geldabschöpfung gezwungen war, um die Schwierigkeiten zu verdecken.

Recht, Freiheit, Sicherheit

K. W. B. Die Welt stöhnt auf, Der Schock, den ihr die Moskauer-Budapester Blutjustiz versetzt hat, wirkt nachhaltig. Eine Gefühlswelle brandet gegen die Urheber des Mordes an den ungarischen Freiheitshelden. Und mancherorts bekommen die Vertreter der Sowjetunion handgreiflich zu spüren, welche Stimmungen die Taten von Budapest ausgelöst haben. Erregung und Trauer paaren sich überall dort, wo das Denken erlaubt und die Freiheit der Selbstbestimmung natürlich ist.

Aber in der Reaktion der westlichen Welt auf das blutige Ereignis zeigen sich bemerkenswerte Verschiedenheiten. Diejenigen insbesondere, die die Schritte Nikita Chruschtschows in den letzten Jahren mit einem selbstmörderischen Illusionismus begleitet haben, sehen sich jetzt bitter geschlagen. Haben sie bis gestern noch das Wohlwollen und das volle Vertrauen in jede sowjetische Geste gesetzt, möchten sie heute am liebsten nach dem Frügel rufen. Sie haben es schwer, sich mit etwas abzufinden, was natürlich ganz und gar nicht in die Vorstellung von einem verwandelten und sich demokratisierenden Kommunismus paßt.

*

Wer würde nicht auf die grausame Quittung, die der Krenl jetzt mit seiner dunklen Geheimorgie vorgelegt hat, verzichten wollen? Wir haben dies um so weniger in der Hand, wenn wir geneigt sind, auf die Wandlungen des sowjetischen Regimes wie auf selbstverständliche demokratische Entwicklungsvorgänge zu vertrauen. Man mag sich jetzt darüber Gedanken machen, warum heute der Zeitpunkt gekommen schien, die sowjetische Unterdrückung der Freiheit durch so alarmierende Grausamkeiten zu bestätigen. Vielleicht sehen uns die Sowjets abgelenkt und hingelenkt auf andere heiße Vorgänge in unserem Lebensraum: auf die Gärung im Libanon, auf die Explosion in Zypern, auf das Experiment de Gaulle in Frankreich.

Sicher aber schien es ihnen an der Zeit, gegen das Verlangen nach der Eigenständigkeit im kommunistischen Machtbereich, gegen Tito und Gomulka, das ihnen eigene blutige Warnungszeichen zu setzen. Sie haben dabei die Rücksicht auf Abmachungen und Versprechen, auf Zusicherungen und Verträge auf hohnvoll kalter Hand beiseite geschoben.

*

Mit der ständigen Bereitschaft der Sowjets zum Rechtsbruch muß man rechnen. Das ist ein Element, das die Politik bei allen Versuchen, mit der Sowjetunion ins reine zu kommen, als einen freilich sehr unbequemen, aber sehr entscheidenden Faktor beachten muß. Die genaue Beachtung dieser Voraussetzung kann aber nicht genügen; denn Abmachungen, die man in der vollen Gewißheit trifft, der Partner werde sie bei der nächsten Gelegenheit mißachten, lohnten nicht die Bemühungen um sie. Hier schält sich der Unterschied zwischen den Illusionisten und den Realisten der Verhandlungspolitik heraus. Hier werden auch die so verschiedenen Wirkungen der Terror-Ereignisse in der westlichen und neutralen Welt verständlich. Mit der Sowjetunion kann man nicht eine Politik der Gefühle treiben, die ihnen in Zeiten ihres Lächelns das eigene Herz zu Füßen und in den Stunden ihrer grausamen Liquidationsfreude das Gewitter von Sanktionen und Strafexpeditionen schicken möchte.

*

Nun muß man einsehen, daß es zwischen dem Wunsch, eine Millionenstadt, wie Berlin, durch Aushungern auf die Knie zu zwingen — der in diesen Tagen durch die Erinnerung an den Beginn der sowjetischen Blockade wieder zur Besinnung zwingt —, und dem Blutakt gegen die Aufstandsführer von Budapest wohl zehn Jahre der Schwankungen und Wandlungen gibt. Aber man muß zugleich sehen, daß der Sowjetismus in diesen Jahren jedes Mittel, insbesondere jedes, das das Recht vergewaltigte, genutzt hat, um Macht zu behalten und Macht zu erweitern.

*

Die Bemühungen, mit Moskau in ein Gespräch um die Abrüstung einzutreten, können

eben nicht einfach als eine militär-technische Unterhaltung mit einem möglichen Sicherheitsabkommen als Teilergebnis angesehen werden. Sie sind als der große politische Versuch zu werten, die Sowjets aus der Isolierung des Rechtsbruchs und der Freiheitsvergewaltigung herauszuführen. Wer willig war, ihnen zu glauben, wenn sie nur lächelten, wird jetzt erkennen müssen, daß man jeder ihrer Gesten und Vorstellungen erst einmal mit Mißtrauen begegnen muß. Die Methode, sich ihnen im Gespräch zu nähern, wird mehr noch als bisher die sein müssen: Daß man sie hinweist auf das, was von ihren Vereinbarungen und Abmachungen bisher zu halten war.

Wir waren ja ohnmächtig gegen die immer wiederholten Rechtsbrüche aus Moskau, weil wir ohne die Macht und ohne die Stärke verhandelten, die sich gegen etwaige neue Rechtsbrüche notwendig hätten auflehnen können. Wenn in der Stimmung, die das späteste Budapester Ereignis hochgepeitscht hat, außer nach Steinwürfen auch nach dem Stop oder gar dem Ende von Verhandlungen gerufen würde, mag man das als eine Wallung der Stunde auffassen. Politik aber ist es nicht; denn die Isolierung des sowjetischen Reiches, die das Ende jeder Gesprächsmöglichkeit bewirkt, müßte die Unterdrückung unserer eigenen Landsleute ins Unerträgliche verlängern. Vielmehr ist es notwendig, die Gewalttaten von heute zusammen mit dem Dauerzustand der Unfreiheit auf einen Verhandlungstisch zu legen, der nur dem Frieden zwischen den Völkern und der allmählichen Befreiung der Geknechteten gewidmet sein kann. Die Position des Kremles ist für eine Weltpolitik, die diese harten sowjetischen Voraussetzungen im Auge hat, schlechter geworden. Der Westen ist gut beraten, wenn er die Erschütterung, die ihm Moskau jetzt bereitet hat, in seine Verhandlungskonzeptionen als ständiges Bewußtsein einmauert: Wenn er bei all seinen Begegnungen und Gesprächen nun klar und unmißverständlich weiß, daß er den Menschen, um die er mit Moskau verhandelt, das bringen muß, was ihnen Moskau nehmen will: Recht, Freiheit und Sicherheit.

Westen läßt sich nicht provozieren

Adenauer: Budapester Urteil darf Gipfelkonferenz nicht torpedieren

Bonn (ap). Bundeskanzler Adenauer ist der Auffassung, daß die Hinrichtungen in Ungarn nicht als ein Versuch der Sowjetunion ausgelegt werden könnten, die Ost-West-Gipfelkonferenz zu vereiteln. Der Kanzler sagte vor Vertretern der Auslandspresse in Bonn, wenn die Sowjets die Abrüstungs- und Entspannungskonferenz unmöglich machen wollten, dann würden sie versuchen, dies auf eine Weise zu erreichen, die die Öffentlichkeit der freien Welt zu der Auffassung gelangen ließe, daß die Sowjetunion nicht am Scheitern der Konferenz schuld sei.

Adenauer bezweifelte daher eine Absicht der Sowjetunion, die Gipfelkonferenz zu blockieren, und meinte, die Stimmen aus Prag und Belgrad könnten zutreffend sein, welche die Hinrichtungen in Ungarn als eine vernichtende Verurteilung des Revisionismus im kommunistischen Machtbereich darstellten. Dies würde beweisen, so fügte Adenauer hinzu, daß die Auffassung, der Kommunismus brauche nicht unbedingt unter der Führung Moskaus zu stehen, in den Ostblock-Ländern immer weiter um sich greife. Man habe durch die Hinrichtungen deshalb zeigen wollen, daß dieser Revisionismus unter keinen Umständen zugelassen werde.

Der Kanzler betonte, das Ge-

fühl der Empörung über die Ereignisse in Ungarn müsse beachtet werden, und es sei auch zu bedenken, daß Zusicherungen von seiten der Sowjetunion in Verhandlungen mit großer Vorsicht geprüft werden müßten. Das mögliche müsse aber versucht werden, um zu einer Abrüstungskonferenz zu kommen, wenn sie eine gewisse Aussicht auf Erfolg biete. Dieses Problem sei zu wichtig, als daß man es einfach beiseite schieben könne.

Auf die Frage einer Wiederbelebung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen im Falle einer Verschärfung der Gegensätze im Ostblock und eines eventuellen „Einschlafens“ der Beziehungen zwischen Belgrad und Pankow angesprochen, meinte der Kanzler, er halte dies in diesem Falle nicht für ausgeschlossen. Die Herstellung

von Beziehungen zu Polen, Rumänien und Bulgarien sei eine Aufgabe, die nur schrittweise gelöst werden könne. Diese Aufgabe werde in nicht allzu ferner Zeit „vor uns stehen“, und man müsse an sie herantreten. Der Kanzler gab dabei zu verstehen, daß dies nicht sofort volle diplomatische Beziehungen sein müßten.

Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner warnte vor einer Überbewertung der ungarischen Ereignisse hinsichtlich ihrer Wirkung auf die internationale Politik. Kein noch so blutiges Ereignis, erklärte Wehner im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“, dürfe die Deutschen von der Pflicht entbinden, unablässig nach Ansatzpunkten für Verhandlungen zu suchen, welche die Wiedervereinigung näherbringen.

London veröffentlicht Zypern-Plan

7 Jahre gemeinsame Verwaltung mit Griechen und Türken

London (ap/dpa). Premierminister Macmillan hat im Unterhaus einen Siebenjahresplan für die Zukunft der Mittelmeerinsel Zypern bekanntgegeben, der die Teilnahme der Regierungen Griechenlands und der Türkei an der Verwaltung vorsieht. Danach sollen beide Regierungen Vertreter ihres Landes ernennen, die gemeinsam mit dem britischen Gouverneur auf Zypern die Verwaltung der Insel führen sollen. Der Plan sieht ferner die Bildung zweier Abgeordneten Häuser vor, deren eines die 400 000 griechischen und deren anderes die 100 000 türkischen Zyprioten vertreten soll. Fragen der Verteidigung, der Außenpolitik und der inneren Sicherheit sollen weiterhin durch den britischen Gouverneur wahrgenommen werden, jedoch nach Konsultation der von den Regierungen Griechenlands und der Türkei ernannten Repräsentanten.

In ihrer ersten Stellungnahme hatte die griechische Regierung

am Montag verlangt, daß die geplante Ernennung griechischer und türkischer Vertreter für den Zypern-Rat aus dem Plan gestrichen wird. Griechenland will alles vermeiden, was auf eine Teilung der Insel hinauslaufen könnte. Die türkische Regierung hatte in einer Note an Großbritannien erneut verlangt, daß Zypern geteilt wird. Diesem Verlangen hat sich das türkische Parlament einstimmig angeschlossen.

Empfehlung der NATO

Der Ständige Rat der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft hat Großbritannien, Griechenland und die Türkei ersucht, einen neuen entschlossenen Versuch zur Beilegung des Zypernstreits zu unternehmen.

Um Schörners Brille

München (dpa). Roderich Böttner, der durch eine Ohrfeige bekannt wurde, die er dem früheren Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner gab, stand jetzt als Beklagter vor einem Münchener Zivilgericht. Schörner forderte von Böttner 143 Mark als Ersatz der Kosten für eine neue Brille und den Arzt. Der Vorsitzende hielt 100 Mark als Schadensersatz für angemessen. Roderich Böttner weigerte sich, mehr als 74 Mark zu bezahlen. Daraufhin erging über 74 Mark ein Teilerkennungs-Urteil gegen ihn. Der Prozeß wird wegen der restlichen 69 Mark fortgeführt,

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Kommunisten im Algerienkrieg

Die undurchsichtige Rolle der Exil-Genossen

Anfang dieses Monats trat der 1. Sekretär der PCA (Kommunistische Partei Algeriens), Larbi Bouhali, in seinem albanischen Exil vor das Mikrophon von Radio Tirana und versuchte in einer langen Rede den Beweis anzutreten, daß die PCA eine große Rolle bei den Kämpfen in Algerien spiele. Über diese angeblich führende Rolle der Kommunisten in der algerischen Aufstandsbewegung wird uns von besonderer Seite folgendes mitgeteilt:

P. E. Tirana (Eigenbericht)

Fast alle prominenten algerischen Kommunisten befinden sich in verschiedenen Ostblockstaaten im Exil. Bis 1956 war die KP Algeriens eine Filiale der KP Frankreichs und hatte deren Weisungen getreu auszuführen. Anfang des Jahres 1956 stimmte die KP Frankreichs in der Pariser Nationalversammlung noch für die Fortsetzung des Algerienkrieges, tritt heute aber als große Verteidigerin der „Rechte der algerischen Bevölkerung“ auf. Damals waren die französischen Kommunisten der Auffassung, daß eine Befreiung Algeriens nur mit einer Volksfrontregierung möglich sei. So lange hätten sich die algerischen Genossen zu gedulden, und so wurde ihnen verboten, sich in den Reihen der FLN (Algerische Nationale Befreiungsfront) zu betätigen, da diese nationalistische Ziele verfolge. Die Reaktion darauf war, daß die Algerier aus Protest die PCA verließen, so daß diese heute nur noch in den Köpfen der Kommunisten besteht.

Im Mai 1956 erhielt Frankreichs KP-Chef Maurice Thorez aus Moskau die Anweisung, ab sofort den Kampf der FLN propagandistisch zu unterstützen. Zwischen Vertretern der FLN und der PCA fanden Verhandlungen statt, die aber an der starren Haltung der Kommunisten scheiterten. Die FLN hatte nämlich zur Bedingung gemacht, daß Kommunisten nur dann in den Generalstab aufgenommen werden könnten, wenn für die Dauer des Befreiungskampfes die PCA aufgelöst würde, da sich alle Parteien auflösen mußten, bevor sie der FLN beitreten konnten. Das lehnten die algerischen Kommu-

nisten ab. Die französische kommunistische Gewerkschaft CGT hat sich in Algerien ebenfalls nicht durchsetzen können.

Was treiben aber die algerischen Kommunisten in den Ostblockstaaten? Gegenwärtig hält sich beim Ostberliner „Staatlichen Rundfunkkomitee“ eine Delegation algerischer Kommunisten auf, die dort die politische und propagandistische Arbeit studieren. Razid Abdelkader, ein Urenkel des Emirs Abdelkader, der im vorigen Jahrhundert das Haupt des algerischen Widerstandes war, residierte bis vor einigen Wochen in einem Appartement des Ostberliner Hotels „Johannishof“ und belieferte die Presse

der Zone mit Algerien-Berichten. Journalisten gegenüber gab er sich aus Tarnungsgründen als Vertreter der FLN aus, der er jedoch nicht angehört, da er Mitglied der KPF ist.

Die albanische Hauptstadt Tirana ist jetzt das Standquartier des PCA-Sekretärs Bouhali, der Albanien als Brückenkopf zu Algerien ansieht. Moskau hat sich der FLN gegenüber kühl verhalten, weil diese die sowjetischen Waffenlieferungen ablehnte, die mit unannehmbaren politischen Bedingungen verknüpft gewesen wären. Um so mehr werden jetzt die Kommunisten versuchen, durch die Mitarbeiter des Prager „Seminars zum Studium der Probleme des Kolonialismus“ in Nordafrika Fuß zu fassen.

Athen unterstützt Belgrad

Athen (dpa). Der griechische Außenminister Averoff erklärte in Athen, Griechenland stehe auch in der jetzigen neuen Phase der jugoslawischen Außenpolitik als Freund an der Seite seines Nachbarlandes. Der Minister betonte gleichzeitig, der Balkanpakt sei nach wie vor in Kraft.

USA bestehen auf dem Abkommen

Sowjets sollen Hubschrauberbesatzung freilassen

Washington (ap). Die Vereinigten Staaten haben die Sowjetunion aufgefordert, sofortige Schritte zur Freilassung der in der Sowjetzone festgehaltenen amerikanischen Hubschrauberbesatzung zu unternehmen. Sie beriefen sich auf das Viermächteabkommen, das es den Besatzungsmächten zur Pflicht macht, alle Angelegenheiten zu regeln, in die alliiertes Militärpersonal in einer der vier Besatzungszonen verwickelt ist. Die Forderung wurde dem sowjetischen Botschaftsrat in Washington, Striganow, durch den stellvertretenden Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, Murphy, übermittelt.

Zuvor hatte ein Sprecher der sowjetischen Botschaft in Ostberlin ein Ersuchen des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, General Hodess, an den

sowjetischen Oberkommandierenden in der Sowjetzone, Armeegeneral Sacharow, um Intervention bei der Pankower Regierung mit der Erklärung abgelehnt, die Sowjets seien hierfür nicht zuständig.

Belgischer Pilot freigelassen

Berlin (dpa). Der belgische Leutnant Martin Eduard Paulus, der am 29. Mai mit einem belgischen Aufklärungsflugzeug auf einem Flugplatz der Sowjetzone an der Ostseeküste zur Landung gezwungen worden war, ist freigelassen worden. Nach einer Meldung der Sowjetzonenagentur adn ist Paulus vom Ostberliner Flugplatz Schönefeld aus nach Brüssel geflogen. Das belgische Militärflugzeug soll bis zum 30. Juni nach Belgien zurücktransportiert werden.

Mit Bockwurst und Schießabzeichen

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Gegenwärtig finden überall in der Sowjetzone sogenannte Pressefeste statt. Sie haben einen doppelten Charakter — auf den ersten Blick scheint es sich nur um Volksbelustigungen aller Art zu handeln, bunte Veranstaltungen, Tanz, Sporttreffen. Bei näherem Hinsehen stellt man fest, was mit diesen „Festen“ verbunden ist: Werbung für die Zeitung, politische Reden, vielfältige propagandistische Beeinflussung. Die Feste sind ein Glied in der großen Kette, mit der die SED versucht, die Bevölkerung der Zone an sich zu fesseln.

DRESDEN

„Es gibt Genossen mit recht zweifelhafter Moral“, stellt die „Sächsische Zeitung“ fest. „Sie erkennen zwar theoretisch an, daß die sozialistische Presse die schärfste Waffe der Partei ist, sind aber in der Praxis nicht bereit, das Zentralorgan der Partei zu abonnieren.“ Und weiter: Die Pressewerbeweche gibt jedem Genossen Gelegenheit, „sein Verhältnis zur Parteipresse zu überprüfen“. Die bei der Werbung besuchten Bürger sollen persönlich zum diesjährigen Pressefest „eingeladen“ werden. Die Kreisleitungen sollen sich um solche Grundorganisationen kümmern, die — wie der VEB Tuchfabriken in Kamenz — bis Ende Mai noch keinen Abonnenten für das Zentralorgan gewonnen haben.

Aber es kommt noch schlimmer: Keinen Abonnenten gewonnen zu haben, ist eine nur sehr leichte Sünde gegenüber der schweren Verfehlung, als SED-Mitglied nicht das „Neue Deutschland“ zu lesen. Im VEB Präßwerkzeugbau Großdubrau war lediglich ein einziger Genosse Abonnent des „Neuen Deutschland“. „Vorgestern ging nun der Genosse Werkleiter mit gutem Beispiel voran und abonnierte das „ND““, meldet die „Sächsische Zeitung“. „Auf die Frage: Was kann die Parteileitung über die Pressewerbung im Betrieb sagen, antwortete der

stellvertretende Parteisekretär schlicht und einfach ‚nichts‘.“

MAGDEBURG

Grund zum Feiern? Auch in diesem Bezirk werden ähnliche Klagen laut. Die „Volksstimme“ aber schreibt: „Nie werden die Apostel der ‚freien Welt‘ das Geheimnis dieser Massenverbundenheit der sozialistischen Presse ergründen... Die sozialistische Presse vertritt die edelste Sache der Menschheit, den Sozialismus... Das ist das ‚Geheimnis‘ des tiefen Vertrauens, das die sozialistische Presse unter den einfachen und friedliebenden Menschen genießt. — Wir haben allen Grund, zu feiern und fröhlich zu sein.“

Pressesfest in Magdeburg: Ein Orchester der Nationalen Volksarmee wird von Zuhörern dicht umlagert. Es spielt sehr fleißig, das Orchester, und viele gehen schon vom Zentralen Platz aus beschwingt gleich hinüber in den Kulturpark. Ihr Mittagessen ist heute ein Schlag Erbsen von der Gulaschkanone oder eine Bockwurst vom nächsten Kiosk. Veranstaltungen mit vielen Künstlern finden statt. Die Gesellschaft für Sport und

Technik veranstaltet ein öffentliches Luft- und Kleinkalibergewehrschießen. Jeder Pressefestgast kann sich daran beteiligen und das Schießabzeichen erwerben. Die fünf besten Schützen erhalten als Auszeichnung einen Freiflug in einem Segelflugzeug.

HALLE

Junge Pioniere als „Partisanen“. Während in der Stadt gefeiert, gesungen, getanzt, für den Sozialismus und die Zeitung geworben wird, ziehen draußen im Wald junge Pioniere auf Wacht. „Pioniereinheit hat Kampfauftrag zu erfüllen“, heißt es im Appell. Es ist eine Partisaneneinheit mit aus Holz gefertigten Gewehren und Maschinenpistolen. Mitten in der Nacht Alarm — die Pioniere erhalten den Auftrag, den Nachschub des Feindes zu stören. — Mit dieser Übung erwerben sich die Jungen Pioniere die Fahrkarte zum III. Pioniertreffen. — Der Kompaniestab beschließt, in der nächsten Nacht die Wache um einen dritten Mann zu verstärken. Der nächste Tag der Übung vergeht mit Holz und Wasser holen, mit Schießen und Patrouillengängen...
...

Lemmer bedauert Intelligenzflucht

„Ich wünschte, die Verhältnisse in der Zone wären anders“

Berlin (ap). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, erklärte in einer Rundfunkansprache, er sei über die zunehmende Flucht mitteldeutscher Intelligenz nach dem Westen bestürzt. Angesichts dieser Massenabwanderung sei es eine Ironie, daß Grotewohl kürzlich über den Rundfunk den Versuch unternommen habe, Wissenschaftler des Bundesgebietes zur Abwanderung in die Sowjetzone zu bewegen.

„Ich wünschte, die Verhältnisse in Mitteldeutschland wären so, daß Wissenschaftlern zugemutet werden könnte, nach dort zu gehen“, sagte Lemmer. In der Bundesrepublik und in Westberlin werde niemand daran gehindert, in die Sowjetzone zu gehen. Andererseits enthalte sich die Bundesregierung jeder

Abwerbung aus der Zone. „Wir sind nicht daran interessiert.“

Ärzte fühlen sich deklariert

Die Behandlung als Bürger zweiter Klasse durch die Funktionäre der SED habe zur verstärkten Arztflucht aus der Sowjetzone wesentlich beigetragen, erklärte der Direktor der Chirurgischen Klinik der Ostberliner Universität, Prof. Willi Felix, auf einem Treffen von Wissenschaftlern mit dem Zonenministerpräsidenten Otto Grotewohl. Nach einem Bericht des Organs des Kulturbundes der Sowjetzone sagte Prof. Felix, die Ärzte seien in ihrer Arbeit behindert, weil sie ständig zur Annahme eines Bekenntnisses gedrängt würden, das sie nicht teilen.

Die Señora setzte es durch

Der Kampf um die Rückgabe deutscher Betriebe in Argentinien

O. Buenos Aires (Eigenber.) Der erste Sturm in Argentinien jungem Parlament, das eben, nach langer totalitärer Lähmung wieder zaghafte Gehversuche macht, wurde von Deutschland ausgelöst. Es ging um die 30 deutschen Großbetriebe, die bei Kriegsende von Argentinien entschädigungslos enteignet wurden und die jetzt ihren Eigentümern zurückgegeben werden sollen. Der komplizierte Rückerstattungsprozeß beginnt mit der öffentlichen Versteigerung der bisher vom Staat geführten Unternehmen. Als die neue Regierung Frondizi den Beginn der Versteigerungen auf den 23. Juni festsetzte, erhob sich in Parlament und Öffentlichkeit eine Welle von Protesten. „Verschleuderung des nationalen Reichtums“ war der geringste Vorwurf, der der Regierung gemacht wurde.

Die fettesten Brocken...

Die Bundesregierung hat sich vernünftigerweise aus diesem innerargentinischen Streit vollkommen herausgehalten, obwohl es dabei nicht nur um Millionenwerte, sondern um die Kernfrage der deutsch-argentinischen Beziehungen geht. Als Perón am 27. März 1945 die Kriegserklärung an Deutschland unterschrieben hatte, beiliegte er sich, sofort das gesamte „Feindvermögen“ in Argentinien zu beschlagnahmen. Der fetteste Brocken dabei waren die 30 deutschen Großbetriebe der chemischen Industrie (wie Bayer, Schering, Merck und Behring), der elektrischen (wie Osram, Bosch, AEG und Siemens), der metallverarbeitenden und der Bauindustrie. Sie wurden in den Besitz des Staates übergeführt, der sie unter Regie eines eigens dafür geschaffenen Organismus stellte. Dessen Bezeichnung „Dirección Nacional de Industrias del Estado“ (Bundesdirektion für Staats-Industrien) wurde unter ihrer Abkürzung DiNIE zum vielgebrauchten politischen Schlagwort.

Alle waren für DiNIE

Die verstaatlichten deutschen Betriebe fiortierten zunächst weiter, Ihre beträchtlichen Gewinne

wurden als überzeugendes Argument für die mit Perón in Schwung gekommene Sozialisierung verwendet. Auch der jetzige Präsident Dr. Frondizi, damals erbitterter Gegner der Diktatur, war im Fall DiNIE völlig einer Meinung mit Perón. Der Führer der antiperónistischen Opposition wurde zum glühenden Verteidiger des argentinischen Staatssozialismus, dessen Kernstück die einstmaligen deutschen DiNIE-Betriebe darstellten. Einen großen Teil seiner Wahlpropaganda, durch die er Staatspräsident wurde, bestritt er mit diesem Thema, das bei den nationalistischen Massen von links und rechts stets Anklang findet. Er durfte sich nicht wundern, daß ihm von seinen Wählern jetzt vorgehalten wird, was er vor der Wahl zur DiNIE-Frage sagte.

Bundesrepublik gab nicht nach

Sein Dilemma ist das des sozialisierenden Theoretikers, dessen Ideen sich mit der Realität nicht vereinbaren lassen. Die argentinische Realität ist, wie Frondizi das mit erschütternder Offenheit zugegeben hat, daß sich das Land am Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe befindet. Sie kann nur durch eine gewaltige Kraftanstrengung vermieden werden. Aber die eigene Kraft, auch das hat Frondizi erkannt und zugegeben, reicht allein nicht aus. Er braucht Hilfe des zur Zusammenarbeit bereiten Auslandes. Und in dieser Richtung hat er seine Hoffnung nicht nur auf die USA, sondern vor allem auch auf die Bundesrepublik Deutschland gesetzt. Soll er sich ihren guten Willen jetzt verschmerzen?

Die Bundesrepublik hat nie auf ihre Ansprüche gegenüber Argentinien verzichtet. Von Perón wurde sie mit hohlen Versprechungen und billigen Gesten hingehalten. Erst Revolutionsführer General Lonardi erklärte 1955 klipp und klar, daß die Rückgabe des deutschen Eigentums eine Ehrenpflicht Argentinien sei, daß auch dies perónistische Unrecht schnellstens wiedergutmacht werden müsse. Aber seine deutschfreund-

liche Regierung wurde nach sieben Wochen gestürzt.

Der schlaue Aramburu

Erst als der Regierung Aramburu das Wasser am Halse stand und sie um ein Moratorium ihrer bei elf europäischen Ländern auf 500 Millionen Dollar aufgelaufenen Schulden ersuchen mußte, kamen die Rückgabeverhandlungen wieder in Fluß. Deutschland war mit 200 Millionen Dollar Argentinien Hauptgläubiger. General Aramburu erklärte sich grundsätzlich zu einer Bereinigung der Feind-eigentumsfrage bereit. Und am 21. November 1957, als mit der deutschen Unterschrift unter das Vertragswerk die Schuldenstundung in Kraft trat, erließ Aramburu zwei Gesetze, in denen er die Rückgabe des deutschen Eigentums verfügte.

Allerdings war er so schlau, die Termine für den komplizierten Rückgabevorgang erst nach seiner Ablösung durch eine verfassungsmäßige Regierung zu legen. Die Leistung — Stundung der Schulden und Eröffnung neuer Kredite — erhielt er sofort. Den Preis dafür — Rückgabe des deutschen Eigentums — sollte sein Nachfolger bezahlen. Die Schwierigkeiten waren vorzusehen.

Ein Vertreter von Frondizis eigener Partei im Parlament, der Abgeordnete Dr. José V. Liceaga, stellte den Antrag, die fraglichen Aramburu-Gesetze über die Rückgabe der DiNIE-Betriebe für ungültig zu erklären. Er hatte damit einen großen Publikumerfolg. Die gesamte nationalistische Öffentlichkeit klatschte Beifall.

Sie taten sich zusammen

Zu den wenigen Besonnenen, die Frondizis Rechtsstandpunkt der Achtung internationaler Verpflichtungen zu vertreten wagten, gehörte — Liceagas Ehefrau Marisa, die mit ihrem Gatten nicht nur die Wohnung, sondern auch die Abgeordnetenbank der gleichen Partei teilt. Und die tapfere Marisa setzte sich durch. Daß Frondizi sie als Bundesgenossin gewann, war von seinen vielen Schiachzügen bisher vielleicht der genialste.

Strauß über Umgliederung der Bundeswehr

Begründung: Atomare Ausrüstung der Sowjet-Truppen in Deutschland

W. Bonn (Eigenbericht). Die sowjetischen Truppen, die in der Sowjetzone Deutschlands stehen, werden nach Mitteilung von Bundesverteidigungsminister Strauß seit geraumer Zeit mit Atomwaffen ausgerüstet. Strauß nannte diese Tatsache als einen wesentlichen Grund für die geplante Umgliederung der Bundeswehr, die dadurch in die Lage versetzt werden soll, einem Angriff mit Atomwaffen ebenso standzuhalten wie einem Angriff mit gewöhnlichen Waffen. Nach den Angaben des Ministers verfügen die sowjetischen Truppen in Deutschland über mehrere Arten von Atomkanonen und über geländegängige Abschlußfahrzeuge für Atomraketen mit einer Reichweite bis etwa 1500 Kilometer.

Vor der Presse erläuterte Strauß den Sinn der Atomabwehr der Bundeswehr und der jetzt geplanten Umgliederung ihrer Verbände. Er vertrat die Ansicht, daß der Ofen auf die Dauer nicht von einem Angriff abgehalten werden könne, wenn man bei jedem Angriff vor der Wahl stehe, entweder durch den Einsatz von Atom- und Wasserstoffbomben den dritten Weltkrieg auszulösen oder aber zu kapitulieren. Denn wenn von östlicher Seite ein Angriff mit einem begrenzten Ziel erfolge, könne man nicht in jedem Fall mit der Entfesselung eines Weltkrieges antworten. Deshalb müßten die atlantischen Truppen auch taktische Atomwaffen erhalten, damit man auf jeden Angriff „mit den angemessenen Mitteln“ antworten könne, ohne vor der Notwendigkeit zu stehen, unbedingt gleich die schwersten Vernichtungswaffen einzusetzen.

Die Division ist zu groß

Ebenso wie Amerika und Frankreich ihre Truppen im Hinblick auf die modernen Vernichtungswaffen umgliedert haben, soll nun auch die Bundeswehr neu organisiert werden. Bisher war die Division mit fast 20 000 Mann diejenige Kampfeinheit, die über alle notwendigen Truppeneinheiten — Infanterie, Panzer, Artillerie,

Pioniere, Flugabwehr usw. — verfügte. Nach dem Urteil der Militärs ist ein so großer Verband aber zu schwer zu führen und zuwenig überschaubar. Deshalb soll in Zukunft die Brigade mit etwa 3000 bis 4000 Mann die kleinste selbständige Kampfeinheit sein, die über alle Truppenteile verfügt. Dabei soll es zwei Typen von Brigaden geben: bei der einen überwiegen die Panzerdivisionen, bei der anderen die Grenadiereinheiten. Die Divisionen, die als höhere Kampfeinheit bestehen bleiben, sollen sich jeweils aus vier Brigaden zusammensetzen, und erst dem Divisionskommandeur sollen taktische Atomwaffen zur Verfügung stehen, die er aber jeweils nur auf ausdrücklichen Befehl des Oberbefehlshabers aller atlantischen Streitkräfte einsetzen darf.

Junge Generale für die Brigaden

Die neuen Brigaden sollen den modernsten Anforderungen entsprechen. Sie sollen durch Motorisierung ein Höchstmaß an Beweglichkeit haben und so ausgerüstet werden, daß sie notfalls mehrere Tage kämpfen können, ohne Nachschub zu erhalten. An die Spitze der Brigaden will Minister Strauß möglichst junge Brigadegenerale stellen. Damit enthüllt sich zugleich das Geheimnis, warum er in den letzten Tagen so heftig um die Bewilligung von mehr als 20 neuen Generalstellen gekämpft hat, die er nun

zwar nicht mehr in diesem Jahr bekommt, wohl aber voraussichtlich 1959.

Die Umgliederung des Heeres soll etwa 1962 abgeschlossen sein. Sie führt dazu, daß auch die Bataillone und Kompanien wesentlich kleiner werden.

Fußball siegte über Politik

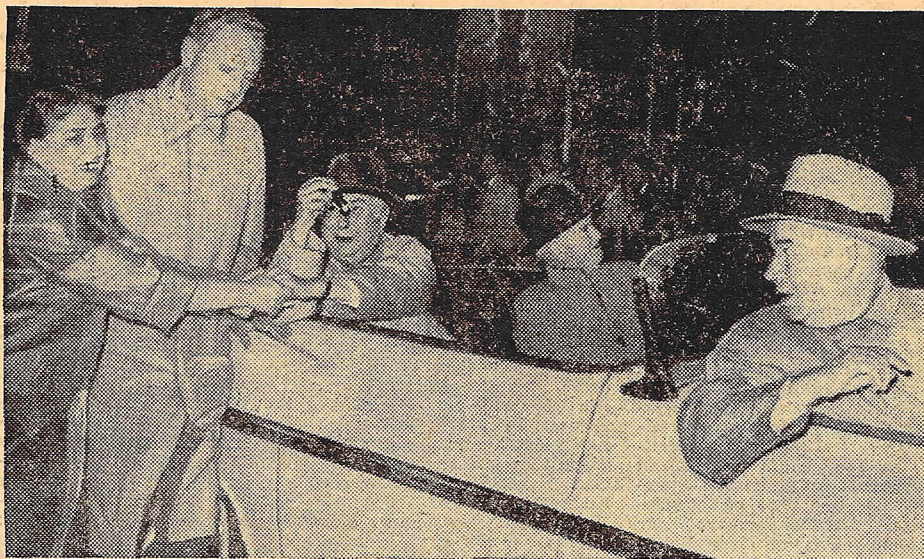
Bonn (dpa). „König Fußball“ hat die Bundestags Sitzung gestoppt, erklärten augenzwinkernd die in hellen Scharen aus dem Plenarsaal strömenden Abgeordneten. Eine Viertelstunde später bot sich ein nach Bundestags Sitzungen ungewohntes Bild: das Bundestagsrestaurant, wo man sonst nach der Sitzung Abendbrot ißt, war nahezu leer. Dagegen versammelten sich die Abgeordneten im parlamentarischen Club und an anderen Orten vor dem Rundfunkapparat, um „interfraktionell“ das Spiel Bundesrepublik—Jugoslawien zu verfolgen. Offiziell hatte der Bundestag seine Sitzung so ungewöhnlich zeitig beendet, weil die Drucksachen zum Bundesausschuss noch nicht vorlägen. Die Begleitung des Bundeskanzlers und sein Fahrer, vor dem Radioapparat beim Bundestagspförtner versammelt, fehlten um eine möglichst lange CDU/CSU-Vorstandssitzung, die Dr. Adenauer leitete. Es war allerdings nicht sicher, ob nicht der Vorstand der größten Regierungspartei auch vor dem Rundfunkgerät saß.

Athen lehnt Zypern-Plan ab

Treffen Karamanlis—Macmillan ohne Türken vorgeschlagen

Athen (dpa). Die griechische Regierung hat den neuen britischen Zypern-Plan mit der Begründung abgelehnt, daß er die schon bestehenden Schwierigkeiten auf der Insel nur noch vergrößern werde. In einer persönlich gehaltenen Antwort auf die Vorschläge des britischen Ministerpräsidenten Macmillan erklärte sich der griechische Ministerpräsident Karamanlis jedoch mit einer per-

sönlichen Begegnung beider Regierungschefs einverstanden, vorausgesetzt, daß ein solches Treffen auf diplomatischem Wege ausreichend vorbereitet werde. Eine Dreier-Konferenz unter Teilnahme der Türkei, wie sie von Macmillan ebenfalls vorgeschlagen wurde, könne jedoch nach Ansicht der griechischen Regierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu konstruktiven Ergebnissen führen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Einen herzlichen Empfang bereitete New York dem deutschen Bundespräsidenten. Tausende säumten die Straßen, als Prof. Heuss zur traditionellen Konfetti-Parade über den Broadway fuhr. — Unten: Historisches Bild-dokument: Die beiden auf Befehl Moskaus hingerichteten ungarischen National-kommunisten Nagy und Maleter bei der Bildung der ungarischen Revolutionsregierung am 2. November 1956.

